SEESTADT BREMERHAVEN
Der Magistrat

Dezernat I
Personalamt
Frau Fröhlich , Tel.: 2679
Bremerhaven, 29.11.2021

Vorlage Nr. 84/2021 TISCHVORLAGE		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	**Ja**	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen zur Auswertung der sog. Encrochat-Verfahren bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven

A Problem
Die sog. Encrochat-Verfahren führen seit einem Jahr zu einer hohen zusätzlichen Belastung bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Bremen.

Die beschuldigten Personen dieser Verfahren sind Tätergruppen der (schweren) organisierten Kriminalität aus dem Bereich des internationalen Handels mit Betäubungsmitteln sowie des Waffenhandels (einschließlich Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz) zuzuordnen. Die Beweislage ergibt sich in den Verfahren aus der Auswertung der sog. Encrochats.

Der Bremer Senat hat dem temporären Personalmehrbedarf zur Durchführung der Ermittlungsverfahren am 02.11.2021 zugestimmt. Die staatliche Deputation für Inneres hat am 11.11.2021 einen zusätzlichen Personalbedarf von 22 VZÄ im Geschäftsbereich des Senators für Inneres für vier Jahre anerkannt. Der Ortspolizeibehörde Bremerhaven werden daraus 4,0 VZÄ zugewiesen.

Die Ortspolizeibehörde beantragt 4,0 überplanmäßig anerkannte Bedarfe (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)). Die Besetzung soll analog zu den Verfahren in Bremen mit Sachbearbeiter:innen für die Aufgabenbereiche Finanzermittlungen (2,0 Stellen), Analyse und Cyberermittlungen (jeweils 1,0 Stelle) erfolgen.

Es wird angenommen, dass sich die Auswertung von Encrochats als Aufgabe bei der Ortspolizeibehörde verstetigt. Deshalb und aus Gründen der besseren Personalgewinnung, beantragt die Ortspolizeibehörde die Bewilligung von unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen. Eine Ausschreibung von befristeten Stellen würde sich auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel schwierig gestalten. Die in Bremen erfolgten Stellenausschreibungen sehen ebenfalls eine unbefristete Beschäftigung vor.

B Lösung
Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt für die Durchführung von Encrochat-Verfahren die Anerkennung von 4,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)) für die Ortspolizeibehörde.

C Alternativen
Werden nicht vorgeschlagen.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags
Die Finanzierung der Personalkosten erfolgt durch das Land Bremen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der anerkannten Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung
Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit wird nachträglich in Kenntnis gesetzt.

Im Rahmen der Besetzung der anerkannten Bedarfe werden die Mitbestimmungsgremium beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG
Keine./Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag
Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt für die Durchführung von Encrochat-Verfahren die Anerkennung von 4,0 überplanmäßigen Bedarfen für die Ortspolizeibehörde (Entgeltgruppe 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)).

Melf Grantz
Oberbürgermeister